

**Forderungen der  
DPVKOM zur  
Tarifrunde 2011  
Deutsche Post AG**

- ✓ **Erhöhung der Entgelte für alle Arbeitnehmer/innen und Auszubildenden, inkl. der Vergütungen für die beurlaubten Beamten/innen vom 1. Januar 2012 an um 6 %, für Arbeitnehmer/innen mindestens jedoch um einen Sockelbetrag von 180 EUR.**

Es ist an der Zeit, die Mitarbeiter spürbar am Unternehmenserfolg teilhaben zu lassen! (Fast) alle Waren und Dienstleistungen des täglichen Lebens werden ständig teurer. Die Inflationsrate wird laut Schätzung der Deutschen Bundesbank für 2011 bei 2,5 % liegen (für 2012 wahrscheinlich bei 1,8 %). Um einen Ausgleich zu schaffen (eine Laufzeit des neuen Entgelttarifvertrags von 12 Monaten vorausgesetzt), muss somit das Einkommen der Arbeitnehmer/innen und Auszubildenden ab dem 1. Januar 2012 um 4,3 % ansteigen. Bei einer 6%igen Erhöhung verbleibt damit ein „Mehr“ von 1,7 % für alle Beschäftigten, was dem Durchschnitt der allgemeinen Reallohnentwicklung in Deutschland entspricht. Weil die unteren und mittleren Einkommensgruppen (EG 1-5) jedoch an einer linearen Erhöhung in Bezug auf den Auszahlungsbetrag nicht in gleichem Umfang wie die hohen Einkommensgruppen (EG 6-9) partizipieren, muss es für sie aus Gerechtigkeitsgründen eine garantierte Erhöhung (Sockelbetrag) von 180 EUR geben.

- ✓ **Eine Laufzeit des neuen Entgelttarifvertrags von 12 Monaten.**

Die DPVKOM strebt eine Laufzeit des neuen Entgelttarifvertrags von 12 Monaten an, weil eine längere Laufzeit immer eine Relativierung der Entgelterhöhung bedeutet.

- ✓ **Abschluss eines Bemessungstarifvertrags für den Bereich DP AG.**

Der Abschluss eines Bemessungstarifvertrags ist eine der langjährigen DPVKOM-Forderungen, aber heute aktueller denn je. Die allgemeine Überlastung in der Zustellung nimmt stetig zu, Überzeitarbeitskonten explodieren und Krankenstände steigen Jahr für Jahr an. Eine gerechte Arbeitsmengenverteilung, die man mittels des Bemessungssystems „IBIS“ ursprünglich bezweckte, erscheint vielen Beschäftigten mittlerweile als Fremdwort.

Gerade älteren Beschäftigten macht der enorme Leistungsdruck so schwer zu schaffen, dass die wenigsten unter ihnen in der Lage sind, bis zum Eintritt in den gesetzlichen Ruhestand eine Zustelltätigkeit auszuüben. Dieser Zustand ist absolut inakzeptabel.

Nach Auffassung der DPVKOM ist nur der Bemessungstarifvertrag, nach dem bei individuellem Bedarf Zeitzuschläge für ältere Beschäftigte gewährt werden, das Mittel gegen Überlastung und für ein wirkliches „alternsgerechtes Arbeiten“. Wir wollen, dass die Mitarbeiter/innen gesund älter werden und dadurch ihren Lebensunterhalt möglichst lange in dem ihren vertrauten Unternehmen verdienen können.

Darüber hinaus sind die folgenden Punkte im Bemessungstarifvertrag, der als Vorschlag in ausgearbeiteter Form vorliegt, maßgeblich: Die Bemessungswerte sind zwingend im Einvernehmen mit den betrieblichen Interessenvertretungen festzulegen; bei Bezirksschneidungen sind die betroffenen Zusteller/innen mit einzubeziehen; Schaffung von Sonderregelungen für Bezirke mit Besonderheiten (z. B. Bezirke mit vielen/langen Stichwegen, mit einer besonderen Topografie usw.); gute Aus- und Fortbildung für Bemesser; keine Deckelung der Bemessungsergebnisse durch Budgetvorgaben der Zentrale.

✓ **Verlängerung des Ausschlusses der betriebsbedingten Beendigungs- und Änderungskündigungen im Bereich DP AG bis zum 31. Dezember 2015.**

Betriebsbedingte Beendigungskündigungen sind angesichts der sehr guten Geschäfts- und Auftragslage der Deutschen Post DHL absolut indiskutabel. Sinkende Briefsendungsmengen werden mittlerweile durch die enormen Sendungszuwächse beim nationalen Pakettransport kompensiert.

Auch und im Besonderen müssen betriebsbedingte Änderungskündigungen langfristig ausgeschlossen werden. Weil Arbeit in ausreichendem Maße vorhanden ist (was sich auch an der stets hohen Zahl von Abruf- und Aushilfskräften im Unternehmensbereich „Brief“ ablesen lässt), haben die „festen“ Arbeitnehmer in den Brief- und Paketzentren sowie in der Zustellung ein Recht auf Erhalt ihrer bisherigen Arbeitsstunden. Eine Reduzierung der Wochenstunden darf es nicht geben. Zudem lehnt die DPVKOM die Ausweitung der so genannten „TVZ“-Bezirke (Trennung von Vorbereitung und Zustellung) entschieden ab. Niemand ist dauerhaft körperlich in der Lage, acht Stunden am Tag ausschließlich auf Zustelltour zu gehen. Eine Vollzeitstelle setzt sich zwingend aus Vorbereitung und Zustellung zusammen.

✓ **Ausschluss weiterer Fremdvergabe im Transport und in der (Paket-)Zustellung, vielmehr Rückführung der Tätigkeiten in Eigenleistung.**

Gerade in solch einem sensiblen Wirtschaftssektor wie dem Postgeschäft ist die Qualität der Dienstleistung ein erheblicher Anspruch. Befriedigen lässt sich dieser Anspruch aus Sicht der DPVKOM nur mit eigenem, gut aus- und fortgebildetem-, sowie angemessen bezahltem Personal. Erhöhtes Rückstandsaufkommen, nicht eingehaltene Fahrten und Sendungsverluste sind für den Ruf der Deutschen Post DHL, die die Qualitätsführerschaft am Markt behalten möchte, absolut schädlich. Die durch Fremdvergabe verursachten Probleme und Qualitätsmängel im Verkehr und der Paketzustellung sind durch diverse postinterne Erhebungen bestätigt worden.


Wer ein „FirstChoice-Anbieter“ sein möchte, muss die Finger von der Fremdvergabe lassen! Die Konsequenz kann daher nur lauten: Nicht nur kein weiterer Stellenabbau bei den eigenen Fahrern bzw. keine weitere Vergabe von Paketzustellbezirken an Fremdfirmen, sondern geordnete Rückführung dieser Aufgaben in die Eigenleistung.

**Die Beschäftigten und die DPVKOM stehen – wieder einmal – vor einer äußerst schwierigen Tarifrunde. Der Arbeitgeber wird nichts unversucht lassen, die Personalkosten weiter zu reduzieren und den Mitarbeitern Zugeständnisse in Fragen des Entgelts und der Arbeitszeit abzutrotzen. Die dargestellten Forderungen der DPVKOM für die Postbeschäftigten sind jedoch gut begründet und gerechtfertigt.**

**Aus diesem Grund werden wir vehement für deren Durchsetzung kämpfen.**

**Es versteht sich jedoch von selbst, dass die DPVKOM dabei auch auf die Unterstützung jedes einzelnen Postlers angewiesen ist.**

Hinweis: Felder mit *kursiver Bezeichnung* sind freiwillige Angaben

<b>Antrag auf Mitgliedschaft</b>			 Die Kommunikationsgewerkschaft
<b>1. Persönliche Angaben</b>			
(1.1) Vor- und Zuname <input type="checkbox"/> männl. / <input type="checkbox"/> weibl.	(1.2) Straße	(1.3) PLZ und Ort	
(1.4) <i>Telefon</i>	(1.5) <i>Telefax</i>	(1.6) <i>E-Mail-Adresse</i>	
(1.7) Geburtsdatum     .     .	(1.8) Nationalität	(1.9) Monats <b>brutto</b> (wird zur Beitragsberechnung benötigt) <span style="float: right;">€</span>	
<b>2. Angaben zur Tätigkeit</b>			
(2.1) Unternehmen/Arbeitgeber	(2.2) Niederlassung	(2.3) Arbeitsstelle	(2.4) <i>Telefon / Telefax oder E-Mail dienstl.</i>
(2.5) Personalnummer (wenn vorhanden) 	(2.6) Amts-/ Dienstbezeichnung - Tätigkeit im Unternehmen	(2.7) bitte ankreuzen <input type="checkbox"/> Teilzeit <input type="checkbox"/> Vollzeit <input type="checkbox"/> Azubi <input type="checkbox"/> AN <input type="checkbox"/> i.R. <input type="checkbox"/> Bea <input type="checkbox"/> isb <input type="checkbox"/> a.D.	
<b>3. Bankangaben</b>			
(3.1) Kontoinhaber falls abweichend vom (1.1) Antragsteller			
(3.2) Kontonummer 	(3.3) BLZ 	(3.4) Name des Geldinstitutes	
<b>4. Angaben Vorgewerkschaft</b>			
(4.1) Mitglied einer anderen Gewerkschaft/Name der Gewerk.	(4.2) seit (z.B. 06/1995) Monat/Jahr	(4.3) gekündigt zum Monat/Jahr	(4.4) Ich möchte DPVKOM Bayern-Mitglied werden zum Beginn Monat   Jahr
<b>5. Legitimation</b>			
Hiermit erkläre ich meinen Beitritt für mindestens ein Jahr zur Kommunikationsgewerkschaft DPV Bayern e.V. (DPVKOM Bayern). Mit dem monatlichen Einzug meines satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrags, max. 0,8% vom regelmäßigem Monatsbrutto (1.9), für die DPVKOM Bayern von meinem Konto bin ich einverstanden und erteile hiermit der DPVKOM Bayern die Einzugsermächtigung. Das Einverständnis für den Beitragseinzug kann ich nur schriftlich gegenüber der DPVKOM Bayern zurückziehen.			
Nach dem „Gesetz zum Schutz vor Missbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung“ (Bundesdatenschutzgesetz) ist die Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne des Gesetzes u. a. nur zulässig, wenn der Betroffene eingewilligt hat.			
Ich bin einverstanden, dass die von mir vorstehend gemachten Angaben für Zwecke der satzungsgemäßen Aufgaben der DPVKOM Bayern verarbeitet werden.			
Ort Datum		Unterschrift	
<b>6. Zusätzliche Angaben</b>			
Sollte Ihnen der Platz in einem oder mehreren Feldern zu klein sein, können Sie hier unter Angabe der Formularfeldnummer zusätzlich Angaben eintragen.			
Nr.	Angaben		

Impressum:

**DPVKOM Bayern**  
**Die Kommunikationsgewerkschaft**

Fenitzerstr. 43  
90489 Nürnberg

Telefon: 0911 5 86 44-0  
Telefax: 0911 5 86 44-20  
www.dpvkom-bayern.de  
E-Mail: info@dpvkom-bayern.de